

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck- u. Verwalt.: Drag II, Telčanska 15 • Teleph.: 20705, 31469, Nachdruck: (ab 21 Uhr) 33556 • Postkass.: 57544

12. Jahrgang.

Freitag, 7. Oktober 1932

Nr. 237.

Koalitionsberatungen gehen heute weiter.

Prag, 6. Oktober. Heute nachmittags begannen die abschließenden Beratungen der Führer der Koalitionsparteien mit dem Ministerpräsidenten und den politischen Ministern über die Sicherung des Budgetgleichgewichtes für 1933, wobei bekanntlich die Anträge des Finanzministers auf Herabsetzung der Staatsangestellten-Gehälter eine wichtige Rolle spielen. Die Verhandlungen, die streng vertraulich geführt werden, sollen morgen fortgesetzt werden.

Für halb 10 Uhr früh ist ein Ministerialrat angeberufen, an den sich eine neue Beratung der politischen Minister anschließen soll.

Neun Kommunisten vom Sondergericht freigesprochen.

Berlin, 6. Oktober. In mehrstündiger Beratung sprach die Erste Kammer des Sondergerichtes unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Doll neun angeklagte Kommunisten auf Kosten der Staatskasse frei. Es handelt sich um den Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten am 29. August d. J. in der Röntgenstraße in Charlottenburg, in dessen Verlauf ein Nationalsozialist erschossen und zwei andere verletzt wurden.

Ein teurerer Spaß.

Wien, 6. Oktober. Nach den vorläufigen Berechnungen im Wiener Polizeipräsidium waren die polizeilichen Maßnahmen in den Tagen des kürzlich stattgefundenen nationalsozialistischen Gaukongresses mit einem außerordentlichen Kostenaufwand von 76.800 Schilling verbunden.

Waffentunde bei Nazis.

Zwickau, 6. Oktober. Eine Waffentunde bei Mitgliedern der NSDAP in den Orten Zwickau, Werdau, Glauchau, Plaußitz und Oberhörnitz förderte im ganzen zwanzig Handfeuerwaffen zutage. Fünfzig Personen wurden zunächst festgenommen, die Hälfte von ihnen wurde jedoch wieder entlassen.

Restriktion in den Wiener Ministerien?

Wien, 6. Oktober. Wie die „Reichspost“ meldet, wird heute eine Sitzung der Präsidialräte sämtlicher Ministerien stattfinden, in der über den Plan, noch im Laufe des Monats Oktober den Personalstand der Zentralstellen um 10 bis 12 Prozent zu verringern, verhandelt werden wird.

Kohlentunde in Tirol.

Wien, 6. Oktober. Wie die Blätter aus Hering in Tirol melden, wurden in den dortigen Gruben neue ausgedehnte Kohlentage von ausgezeichnete Qualität festgestellt, so daß die Rentabilität der dortigen Kohlengruben gesichert ist.

Labourkongress für Schuldens-treichung.

London, 6. Oktober. Der Kongress der Arbeiterpartei hat einstimmig einen Beschluß angenommen, der sofortige Verhandlungen für die endgültige Aufhebung der Schuldens-treichung und die Unterbrechung der „aus den besetzten Ländern herausgeholt verwerdlichen Reparationen“ verlangt.

Die Mazedonier lassen von sich hören.

Sofia, 6. Oktober. Im Hofe des großen Genossenschaftshauses im nördlichen Teil der Stadt ist eine Bombe explodiert. Zum Glück wurde niemand verwundet oder getötet. Man nimmt an, daß das Attentat von Mazedonier verübt worden ist.

Minderheitendebatte in Genf.

Deutschlands Vorschlag einer ständigen Kommission stößt auf Widerstand.

Genf, 6. Oktober. In der politischen Kommission der Völkerbundversammlung stand heute auf Antrag der deutschen Regierung die allgemeine Lage der Minderheiten zur Verhandlung. Die Aussprache eröffnete der deutsche Gesandte von Rosenberg, der namentlich das Verfahren bei Minderheitsbeschwerden kritisierte und seine Langsamkeit und geringe Publizität bemängelte. Er hält es für angezeigt, den Völkerbundinstanzen ein permanentes Gremium von Persönlichkeiten zur Verfügung zu stellen, die über die notwendige Sachkenntnis und Erfahrung in Minderheitsangelegenheiten verfügen und nicht von den Regierungen abhängig sind.

Für die kleine Entente, der sich Polen und Griechenland angeschlossen hatten, gab der jugoslawische Delegierte eine Erklärung ab, daß das jetzt geltende Verfahren durch ein gemeinsames Einverständnis zwischen dem Rat und den Signatarstaaten zustande gekommen sei, die frei bestimmte Regeln übernahmen, welche über ihre Vertragsverpflichtungen hinausgehen. Die genannten Delegationen könnten es also nicht zulassen, daß die Rechte, die durch Verträge ausdrücklich dem Rat vorbehalten sind, auf die politische Kommission übertragen werden.

Während Norwegen und Holland den deutschen Vorschlag teilweise unterstützten, sprach sich

Zaleski (Polen) scharf gegen jedwede Änderungen aus. Eine etwaige Diskussion müßte sich auf einen allgemeinen und einheitlichen Minderheitenschutz stützen. Unter allerhand Ausfällen auf Deutschland brachte er die Sprache auf die nicht durch Verträge geschützten Minderheiten (augenscheinlich die Polen in Deutschland), über deren Lage man auch reden sollte.

In der Nachmittagsitzung griffen besonders die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens in die Debatte ein, die mit einer verständlichen Erklärung des Ministers Dr. Venes beendet wurde.

Dr. Venes brachte namentlich die Frage der Lokalität der Minderheiten zur Sprache; es sollten immer in gleichem Maß die Pflichten der Staaten zu den Minderheiten wie jene der Minderheiten zu dem Staat, in dem sie leben, hervorgehoben werden. Er stimmte voll mit Biscount Cecil überein, daß die Tätigkeit des Völkerbundes da vor allem eine vermittelnde sei. Die Diskussion soll weder im Rat noch in der Versammlung noch in den Kommissionen im Sinne des Kampfes eines Staates gegen einen anderen geführt werden und soll auch keinen Vorwand zur Erschwerung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Staaten bilden.

Londoner Konferenz verschoben

Nur Italien hat die Einladung angenommen.

Paris, 6. Oktober. (Reuter.) Der britische Vorschlag informierte heute abends den Ministerpräsidenten Herriot darüber, daß die britische Regierung beschlossen habe, das vorgeschlagene Datum der Konferenz der fünf Großmächte in London, bei welcher die Abrüstungsfrage behandelt werden soll, zu verschieben.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben

Deutschland und Frankreich die englische Einladung bisher weder beantwortet noch ihre Haltung amtlich zum Ausdruck gebracht; nur Italien hat bereits seine Beteiligung zugesagt. In die Vereinigten Staaten sei keine formelle Einladung ergangen, allerdings habe man ihnen die Teilnahme an der Konferenz nahe gelegt, bisher aber noch keine Antwort erhalten.

Die Harzburger Front

haut sich gegenseitig die Schädel ein.

Berlin, 6. Oktober. Bei der ersten öffentlichen Sozialversammlung der deutschnationalen Volkspartei in der „Neuen Welt“ kam es heute zu einer schweren Saalchlämmer. Schon zu Beginn der Versammlung bei den Begrüßungsworten von Stadtrat Ziemhoff bemerkte man unter den Besuchern eine sehr große Anzahl von Nationalsozialisten, die durch Zwischenrufe zu Stören versuchten. Kurz nach Beginn der Ausführungen des Reichspräsidenten Graef rief ein Teilnehmer der Kundgebung: „Hände aus den Taschen!“ Als der Leiter der Versammlung den Zwischenrufer feststellen lassen wollte, erhob sich ein allgemeiner Tumult.

Es wurden von allen Seiten Stühle, Biergläser und Aschenbecher weit in den Saal hineingeschleudert. Im Ru entwidelte sich eine wilde Schlägerei. Ein Teil der Versammlungsteilnehmer verließ fluchtartig den Raum.

Von allen Seiten drang dann Schupo in den Saal und versuchte unter Jubelstimmung des Polizeiaufmarsches die Störenfriede zu entfernen. Im Saal fiel plötzlich ein Schuß, der die allgemeine Verwirrung noch steigerte. Mehrere Personen trugen erhebliche Verletzungen davon. Die Polizei setzte sofort alle verfügbaren Kräfte ein, um die Straße vor der „Neuen Welt“ von den abziehenden Nationalsozialisten zu säubern.

Systematische Terroraktionen der Nazis

zur Verhinderung der Neuwahlen?

Berlin, 6. Oktober. Wie das offizielle Conto-Büro meldet, führt man die zahlreichen Verhinderung von Wahlversammlungen zu terroristischen, nationalsozialistischen Terrorgruppen zu, deren Gründung man dem Abg. Göbbels, der bekanntlich den radikalen Flügel seiner Partei führt, in erster Linie zuschreibt. Um die Zugehörigkeit dieser Verstecke zu feststellen, läßt man sie aus der Partei austreten, um sich nicht zu compromittieren. Die Arbeit dieser Terrorgruppen richtet sich in erster Linie gegen Verlesene und Organisationen, die der NSDAP besonders uneben sind. Es wird dabei vor allem auf die regelmäßigen Störungen von Versammlungen der Rechtsparteien hingewiesen, aber auch auf die Überfälle, denen einzelne Personen ausgesetzt gewesen sind. In nationalsozialistischen Kreisen erklärt man dazu ganz offen, daß man durch diese Terrorakte die Öffentlichkeit einschüchtern, Ängste hervorrufen und so die Regierung zum Eingreifen zwingen will. Erst dann, wenn der Wahlkampf lebhafter im Gang sein wird, würden die

Terrorgruppen ihre volle Wirksamkeit aufnehmen. Der Eindruck sei, durch solche fortgesetzte Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung die Wahlen zum Reichstag zu verhindern.

Von unterrichteter Seite hört das Conto-Büro, daß die Regierung keineswegs gewillt sei, sich dem Terror einzelner Parteien und ihrer Organe zu beugen, vielmehr wird mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß die Notverordnung mit ihren schweren Strafen noch in Kraft ist und unmissverständlich angewendet werden wird.

Hitler hält Rapport ab.

Wien, 6. Oktober. Adolf Hitler hat sämtliche österreichischen Gauführer und Inspektoren der nationalsozialistischen Partei nach München zu besonderen Beratungen berufen. Der Wiener Gauführer Frauenseid ist heute bereits nach München abgereist.

Spanischer Parteitag.

Um das Schicksal der Republik.

Gestern begann in Madrid der XIII. Kongress des Partido Socialista Obrero, der spanischen sozialistischen Partei. Die Augen aller Politiker von ganz rechts bis ganz links sind auf diesen Kongress gerichtet, der entscheiden wird über die weitere Entwicklung dieser jüngsten europäischen Republik: Spanien. Denn neben den organisatorischen Fragen steht auf der Tagesordnung des Parteitages der Bericht der Parlamentarfraktion, und in Verbindung damit stehen zur Verhandlung die Anträge der Bezirksverbände betreffend Zurückziehung der drei sozialistischen Minister aus der gegenwärtig republikanisch-sozialistischen Koalitionsregierung.

Jetzt geht der Augenblick gekommen, in die Opposition zu gehen, oder ist es zweckmäßiger, die Regierungsbeteiligung bis zu einem geeigneteren Augenblick fortzusetzen? Diese Frage legten sich in jeder der in den letzten Tagen stattgefundenen Bezirkskonferenzen die Delegierten vor. Die Antworten und Beschlüsse sind uneinheitlich und lassen keine Voraussage über den wahrscheinlichsten Verlauf des Parteitages zu. Nur eines ist sicher: daß die Debatte eine der leidenschaftlichsten und erregtesten werden wird, die je ein spanischer Parteitag erlebt hat. Die Anhänger der Regierungsbeteiligung können mit der Tatsache operieren, daß trotz sozialistischer Regierungsbeteiligung die sozialistische Bewegung bisher nur Fortschritte und nirgends einen Rückschlag zu verzeichnen hat. Die Gegner der Regierungsbeteiligung aber haben für sich das sozialistische Aktionsprogramm.

Als im April vorigen Jahres die Republik erkand, war man in der Partei fast einmütig der Auffassung, daß die sozialistische Partei mit in die Regierung müsse. Und mit Recht kam die Partei behaupten, daß ohne ihre Regierungsbeteiligung die spanische Republik heute ein anderes Gesicht zeigen würde; statt einer konservativen Republik nach den Plänen des „Radikalen“ Lerroux ist eine fortschrittlich moderne, mit sozialer Gerechtigkeit regierte Demokratie entstanden.

Man denke nur an die letzten drei großen Arbeiten der gegenwärtigen Regierung, um sich von ihrer Tätigkeit ein Bild zu machen: Das katalanische Statut, die Agrarreform und das Gesetz über die entschädigungslose Enteignung der am letzten monarchistischen Komplott beteiligten Adligen und Großgrundbesitzer. Besonders das letztere ist ein Werk der sozialistischen Minister, ein Gesetz, das an revolutionärem Willen nichts zu wünschen übrig läßt.

Wenn andererseits das Agrargesetz nicht dem entspricht, was die Sozialisten gefordert hatten, so ist es doch der sozialistischen Mitarbeit zu verdanken, wenn die wichtigsten Punkte so geformt sind, daß es einer kommenden sozialistischen Regierung möglich wäre, auf seiner Grundlage die Sozialisierung des bäuerlichen Grundbesitzes durchzuführen.

Die Erfolge ihrer Minister in der Regierung erkennt die Partei auch heute einmütig an. Ein großer Teil der Parteigenossen glaubt jedoch, daß die Republik und ihre republikanische Grundlage nunmehr stark genug gefestigt ist, um auf ihrem Boden das sozialistische Aktionsprogramm ohne Zögern in die Wirklichkeit umzusetzen. Das kann naturgemäß nicht in Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Linken geschehen, und darum fordert dieser Teil unserer Genossen: Heraus aus der Regierung! Nur in der Opposition ist es möglich, die Arbeiterklasse zur sozialistischen Tat zu aktivieren! Es sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß unsere Genossen mit der Möglichkeit der absoluten Mehrheit bereits bei den nächsten Wahlen rechnen können und somit die Bildung der neuen Regierung in ihren Händen liegen würde.

IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

„Wann kommt sie wieder?“
 „Nicht vor acht Wochen.“
 „Wo ist sie denn?“
 „In St. Moritz, fährt von da aus noch
 Nizza. Ihr Name?“
 „Nicht so wichtig. — Kommt in acht Wochen
 noch mal wieder.“

Gilgi fühlt ein feindseliges Gefühl in sich aufsteigen. Eine in grauem Schmutz — eine in hellem Licht — keine unwertiger als die andere. Gilgi lehnt sich über Treppengeländer. In manchen Menschen liegt's so drin, daß sie sich nicht über Brüdenlampen und Treppengeländer beugen können — ohne runterzuspulen. Gilgi spuckt. — Klid — macht die Spude, als sie unten auf dem kalten Marmor auftritt. Gilgi freut sich. Das war so eine Art winziger Genugtuung für die Töchter, ein kleines Bekenntnis — noch ungedacht — ein ja und ein nein. Nachmal: . . . Klid.

gegangen, seitdem hab' ich noch nichts Neues gefunden.“

„Sie kriegen doch aber Unterstützung?“

Die Blasse verzicht das Gesicht: „Was das schon ist!“ Anherdem hört sie im nächsten Monat auf, dann kommt die Arznenfürsorge.

Schweigend stehen sie nebeneinander an der Haltestelle. Gilgi fühlt sich unbehaglich. Vielleicht wär's nur anständig, jetzt auf die Stelle zu verzichten, sie der Blasse zuzuschreiben. Als wenn das so ginge! Gilgi beißt sich auf die Lippen. Sie muß sehen, wie sie weiter kommt — jeder für sich — wo läme man hin, wenn man allen wichtigen Mitleidsregungen nachgeben wollte?

Die Straßenbahn kommt. Sie steigen ein. Die Blasse setzt sich neben Gilgi. „Da hat man nun gearbeitet, nur für Essen und Trinken und Schlafen und dacht', armseliger kann's Leben gar!

nicht sein, aber auf einmal ist's doch noch armseliger, und nichts ist eben so schlimm, als daß es nicht noch schlimmer werden könnte — das hat man jetzt gelernt, so als einzigen Trost.“

„Primal fupien!“ sagt Gilgi zum Schaffner und löst ihm ihre Knopfschleife hin. Und zur Blasse: „Datt' gerade noch ein freies Loch auf der Karte.“ Die Blasse nickt und ist's zufrieden. Daß sie das Jahrgeld ungenutzt ausgegeben haben sollte, hat sie am meisten gewürmt. Jetzt hat sie wenigstens eine Fahrt frei. Gilgi schielt ihre Handbörse an: der dunkle Mantel hat tolle Stellen — vielleicht hätte man, vielleicht sollte man . . . Quatsch! Die hat ja die gleiche Chance gehabt. So? Das sie? Mit dem krankigen, alten „Licht der lachigen Haltung, mit den matten, schlaffen Augen und den häßlichen Kleidern?? Wer nimmt denn die noch? Die hat ihr Leben verpfuscht. Früher wenigstens hat sie doch mal die gleiche Chance gehabt. Oder etwa nicht? Gilgi wird unsicher. Die Tatsache, daß die Menschen mit höchst ungleichen Chancen ins Leben starten, wadelt erst ein bißchen — dann hebt sie fest. Eine ganz gemeine Ungerechtigkeit, findet Gilgi. Und wenn's noch ihr ginge . . . aber es geht nicht noch ihr, und damit muß sie sich abfinden. Am Dom erhebt sich die Blasse, vergrüßt Gilgi „Wen zu loben und läßt auf krummen Beinen den Ausgang zu.“

Sicherheiten.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind in ein sehr ernstes Stadium getreten. Der Entschluß der deutschen Regierung, die vom Völkerbund eingesetzte Abrüstungskommission insoweit nicht zu beschiden, als die Gleichberechtigung Deutschlands in bezug auf die Rüstungen nicht restlos anerkannt ist, läßt die Tätigkeit dieser Kommission und verhindert jeden Fortschritt in der Richtung der Abrüstung.

Eine entscheidende Rolle spielen hier wieder die sogenannten „Sicherheiten“, welche Frankreich verlangt. Verwundert fragt man sich, wie es kommt, daß gerade das bis an die Zähne bewaffnete Frankreich, das überdies Militärabündnisse mit den drei Staaten der Kleinen Entente und mit Polen hat, nach Sicherheiten verlangt. Und zwar Sicherheiten gegen das völlig entwaffnete Deutschland, das umgeben von Frankreich und seinen Verbündeten militärisch und politisch schwach und vereinsamt ist.

Wir wollen im nachstehenden den Standpunkt Frankreichs darlegen, selbstverständlich ohne uns mit ihm zu identifizieren, und behalten die Kritik dieses Standpunktes einem späteren Zeitpunkt vor. Frankreich verweist auf seine Bevölkerungsstärke, die nicht einmal zwei Drittel jener Deutschlands beträgt, auf die ungeheuren militärischen Kräfte, die, wie die Geschichte der letzten hundert Jahre zeigt, im deutschen Volke leben. Ganz gleichzeitig, ob durch Aufrüstung Deutschlands oder durch Abrüstung Frankreichs die militärischen Kräfte beider Länder einander angeglichen werden, wäre Frankreich dann Deutschland militärisch ausgeliefert, könnte es, auf sich allein gestellt, keinen entscheidenden Widerstand leisten, wäre es der Uebermacht Deutschlands ausgeliefert. Hierbei könnte ihm das Bündnis mit den Staaten der Kleinen Entente und Polens wenig nützen, da diese Staaten geographisch eben durch Deutschland von Frankreich getrennt, mit sich selbst genug zu tun hätten, durch ihre starken nationalen und politischen inneren und äußeren Gegner in Schwach gehalten, wenn nicht einer Niederlage zugeführt würden.

Gegen diese Möglichkeiten sucht Frankreich eben „Sicherheiten“. Diese erblickt es in dem Abschluß eines allgemeinen Vertrages, an dem auch England und womöglich die Vereinigten Staaten teilnehmen müßten. Die beteiligten Staaten müßten sich verpflichten, im Falle eines Krieges denjenigen mit militärischen Mitteln zu bekämpfen, der vom Völkerbund oder einer hierfür geschaffenen Institution als der Angreifer erklärt werde. Wir erinnern uns, daß dieser Plan schon einmal der Verwirklichung nahe schien. Im

Die Pötte bringt es an den Tag: Was Hindenburg Hitlern sagte.

In Bremer Höhe hat in einer national-sozialistischen Versammlung ein Teil der Nazis unter Führung eines gewissen Dr. von Heyman stürmisch Vereingung des Falles Röhm gefordert. Heyman verlangte, daß „das Geschwür Röhm“ entfernt werde. Die Antwort darauf war, daß Heyman und die Seinen aus dem Saal gedrängt wurden und daß Heyman aus geschloffen wurde. Am Sonntag haben die Ausgeschlossenen eine eigene Versammlung veranstaltet, in der der ausgeschlossene Heyman über den Fall Röhm sprach. In dieser Versammlung behauptete übrigens ein Redner der Schwarzen Front namens Gruschwitz, daß sich die Unterhaltung zwischen Hindenburg und Hitler am 13. August folgendermaßen abgepielt habe:

Hindenburg fragte: „Sagen Sie mal, wollen Sie nun eintreten oder nicht?“ Hitler versuchte nun eine längere Erklärung abzugeben, aber im zweiten Satz schnitt ihm Hindenburg mit den Worten die Rede ab: „Na, denn nicht!“ Hitler war so betroffen, daß er sich wortlos zur Tür wandte. Kurz bevor er sie erreichte, rief ihm Hindenburg noch zu: „Herr Hitler, das eine sage ich Ihnen aber: machen Sie keine Dummheiten, sonst können Sie was erleben!“

Von dieser Darstellung behauptete Gruschwitz, daß sie beschworen werden könne. Er habe sie von Major Buchrucker, der sie von einem Offizier aus Schleichers Umgebung bekommen habe.

Neue Wege müssen beschriftet werden!

Aus der Rede des Genossen Schweidhart in der Agrardebatte.

Aus der Rede, die Genosse Schweidhart zum Exposee des Landwirtschaftsministers Brodus im landwirtschaftlichen Ausschuß hielt, tragen wir folgende Stellen nach:

Das Ergebnis der Debatte muß unzufrieden sein, weil der Minister lediglich im eigenen Namen sprach, aber kein Programm entwickelte, das die volle Zustimmung der agrarischen Parteien hätte. Die Sozialdemokratie ist bereit mitzuarbeiten, doch unter der Voraussetzung, daß erst einmal innerhalb der Agrarier selbst Klarheit geschaffen wird. Erst müßten sich momentlich die deutschen Landwirte einmal mit ihren tatsächlichen Freunden verständigen können.

Bei den Agrariern fehlt immer noch die Einsicht, daß sie, die immer noch weit besser als die Arbeiter gestellt sind, zumindest aber nicht hungern müssen, in dieser schwarzen Zeit natürlich auch Opfer bringen müssen. Der agrarische Widerstand gegen jede sozialpolitische Maßnahme fördert durchaus nicht die Zusammenarbeit!

Der Minister und auch Abgeordneter Bindrich haben selbst zugesehen, daß nur schrittweise Reformen geschaffen werden können. Zur Organisierung der landwirtschaftlichen Produktion wäre die Verständigung aller Weltteile nötig. Der ostentativ betonte Individualismus müßte durch einen gesunden Kollektivismus, durch Einfügung in den Wirtschaftplan ersetzt werden. Redner weist auf die Macht der organisierten Konsumenten hin, zeigt Beispiele erfolgreicher Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Genossenschaften auf und erklärt die Bekämpfung des wucherischen Zwischenhandels für ein gemeinsames Interesse der Landwirte und der Konsumenten.

Wenn die Agrarier jetzt selbst Sturm laufen gegen die Börsenpekulanten und die ausbeuterischen Kartelle und wenn sie selbst staatliche Eingriffe Monopolen fordern, so zeigt dies nur, wie sich ihre Ansichten unter dem Druck der Verhältnisse geändert haben. Die Sozialdemokratie erhebt die Genugtuung, daß ihre Grundzüge immer mehr anerkannt werden müssen.

Was die Getreidepreise betrifft, so hebt Redner dem Vorschlag Hilmer's (Brünn), ein Drittel des überschüssigen Kornes gegen eine Prämie von 25 K pro Zentner, aus dem Verkehr zu ziehen und lieber zu veräußern, als es billig ins Ausland zu verschleudern, zunächst gegenüber. Das es möglich ist, durch gemeinsame planmäßige Arbeit Verbesserungen zu erzielen, zeigen die gebesserten Verhältnisse im Hopfengebiet. Die heutigen Hopfenpreise verbürgen bereits wieder einen kleinen Gewinn.

Zum Schluß entwickelte Genosse Schweidhart ausführlich das bekannte Agrarprogramm unserer Kleinbauern und Häusler, und bemerzte abschließend, daß es von den Agrariern abhängt, inwiefern es gelingen kann, die Not der Landwirtschaft, aber auch

der Arbeiterschaft, durch gemeinsame Arbeit zu lindern. Da die alte agrarische Politik versagt habe, müßten neue Wege beschritten werden.

Deutschland — Tschechoslowakei

Fußball-Europameisterschaft

9. Oktober im Stadion Aussig
 Anstoß: 3 Uhr. Vorher Handballspiel

Ausbau der mährischen Landeskrankenanstalt.

Brünn, 6. Oktober. In der heute abgehaltenen Sitzung der sozialen und Gesundheitskommission des Landes Mähren-Schlesien wurde die Vorlage für die nächste Woche zusammenfassende Landesvertretung durchberaten. Von den in der Kommission erledigten Vorlagen betreffen die meisten die weitere Aufgestaltung einzelner Landeskrankenanstalten. In der Landeskrankenanstalt in Ung. Pradisch soll eine vorläufige Röntgenstation mit einem Aufwand von 200.000 K und ein neuer Infektionspavillon mit einem Aufwand von 1,5 Millionen eingerichtet werden. Weiters wurde der Bericht über die technische Vorbereitung zur Erweiterung der Landeskrankenanstalt in Gerschwitz, für die der Aufbau eines neuen Pavillons mit einem ungefähren Aufwand von 5 Millionen Kronen vorgesehen ist und durch welchen die gegenwärtigen Holzhäuser, die noch aus der Kriegszeit stammen, ersetzt werden sollen, vorgelegt. Weiters wurde ein Bericht des Landespräsidenten über die Vorkerkungen zur Vindierung der Arbeitslosigkeit, die im Jahre 1932 durchgeführt wurde, und über das Investitionsprogramm für das Jahr 1933 vorgelegt. Für das neue Investitionsprogramm für das Jahr 1933 sind Arbeiten mit einem Aufwand von insgesamt 497 Millionen Kronen vorgesehen unter der Voraussetzung, daß es den Selbstverwaltungsverbänden gelingt, sich die erforderlichen Investitionsanleihen zu verschaffen.

Jahre 1924 wurde das sogenannte Genfer Protokoll unterschrieben, das seinem wesentlichen Inhalte nach diesen Forderungen Frankreichs nach Sicherungen entsprach. Damals war MacDonald noch Chef der Arbeiterregierung in England. Dort erhob sich aber sofort schärfster Widerstand gegen das Genfer Protokoll seitens der bürgerlichen, insbesondere der konservativen Partei, die unter keiner Bedingung eine vertragliche Verpflichtung Englands zum Eintritt in einen Krieg dulden wollte, sondern erklärte, daß darüber, ob England einen Krieg führt oder nicht, ausschließlich im gegebenen Zeitpunkt das englische Parlament zu entscheiden habe. MacDonald wurde gestürzt, die Arbeiterregierung durch Newbolen beseitigt und damit das Genfer Protokoll begraben.

Heute erhebt Frankreich die gleiche Forderung nach Sicherheiten und erklärt, vor Erlangung derselben weder der Aufrüstung Deutschlands noch der Abrüstung Frankreichs und seiner Verbündeten zustimmen zu können. Es ist mehr als fraglich, ob die derzeitige konservative Regierung Englands einem solchen Vertrage zustimmen würde. An der Spitze dieser Regierung steht zwar wiederum MacDonald, der das Genfer Protokoll unterschrieb, aber dieser MacDonald ist nicht mehr jener von 1924. Wie in vielen anderen Dingen dürfte er sich auch zu der Frage der Sicherungen der konservativen Anschauung sehr genähert haben.

Es ist zwar in der letzten Zeit ein neuer Plan aufgetaucht, der an die Stelle militärischen Eingreifens gegen den Kriegsurheber wirtschaftliche Maßnahmen (Blockade usw.) vorseht. Jedoch befindet sich dieser Plan noch in den ersten Stadien und man muß seiner Verwirklichung sehr skeptisch gegenüberstehen.

Und so stehen die Forderungen Deutschlands nach Gleichberechtigung und jene Frankreichs nach kaum erfüllbaren Sicherheiten einander diametral gegenüber und schaffen jene Ratlosigkeit, die das Merkmal der diesjährigen Tagung des Völkerbundes ist.

Die Leidtragenden bei diesem Spiele der Regierungen sind die Völker, die nur eines wollen: Frieden!

Nach Abschluß der Tagung des Völkerbundes werden wir unseren Standpunkt zu allen diesen Fragen darlegen.

Hopfenabkommen mit Deutschland

ab 15. Oktober in Kraft.

Prag, 6. Oktober. Am Donnerstag, den 6. Oktober wurde in Prag das neue Inhababkommen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und Deutschland betreffend Hopfen sowie einige Veterinärfragen und die Zollfreiheit für die Einfuhr von Kunstdünger im Grenzverkehr unterzeichnet. Das neue Abkommen tritt am 15. Oktober 1. J. in Geltung.

Gilgi sitzt in ihrem Zimmer. Jetzt wird gearbeitet. Das geht nicht so weiter, man kommt zu nichts. Die Mutterfische, der Verwandtentramp, die Karnevalsunruhe — schrecklich, wie einen das in Anspruch nimmt. Gilgi überlegt aus „Three men in a boat“. Hin und wieder stützt sie den Kopf in die Hände, starrt vor sich hin: fünf Minuten, zehn Minuten, fünfzehn Minuten — was soll denn das? Ist das gearbeitet? Na, zum Donnerwetter, man wird doch wohl noch nachdenken dürfen. Was wird sie anziehen morgen. Ob's ihr gelingen wird, ebenso hübsch auszugehen wie Olga? Ich hab' — ich hab' ein Rendezvous — na, was das schon ist!

Gilgi wartet in der kleinen Konditorei von vorgestern. Martin Brud ist noch nicht da, muß aber gleich kommen. Sie sitzt mit dem Rücken zur Tür: jedesmal, wenn sie ein Geräusch hört, dreht sie den Kopf, der Hals tut ihr schon weh. Und jedes Geräusch an der Tür bringt eine Welle von Hoffnung — und Enttäuschung. Nein, so hat sie noch nie gewartet, so noch nie. Kommt er? Kommt er nicht? Die kleine Dame Gilgi rät Kreuzworträtsel und will überzeugt sein, daß sie heute sowieso für eine Stunde 104 Café gegangenen wäre. Sehr fein ist die kleine Dame Gilgi: die Hände sind sauberlich manikürt, die Brauen craft nachgezogen, der helle Georgettetragen auf dem braunen Seidenkleid ist heute morgen in Benzin gereinigt worden und strahlt nun in selbstbewußter Sonderheit. Der hunte Schol dusset noch Chypre. So fein ist die kleine Dame Gilgi, so hübsch steht sie aus. Hat das denn Sinn, für sich allein so hübsch auszugehen? Der Martin Brud langweilt sich in Köln, hat Olga und Gilgi heute treffen wollen, aber Olga hat gleich gesagt, daß sie keine Zeit hat — brave Olga! — na, dann eben Gilgi allein. Und nun ist Gilgi gestreulich zur Stelle, und der verfluchte Kerl kommt nicht. Der krumme Hund, der. Ist doch nur ein Mann. Aber wer sich vornimmt, sich nicht zu ärgern, der ärgert sich schon, und wer um alles in der Welt nicht wütend sein will, der ist bereits wütend.

So, und jetzt geht sie. Und wenn er noch kommt, geschieht's ihm ganz recht, daß er sie nicht mehr vorfindet. Der krumme Hund. Gilgi geht auf ihr Zimmer. Beiläufig wirft sie einen leeren Messinggeschloßschlüssel an die Wand. Ich bin doch nicht ärgerlich, keine Spur. Im Gegeantell. Gab' ich schöne Zeit für mich. Und sie setzt sich vor die Erika-Schreibmaschine, die Tasten fliegen. Sie schreibt zehn spanische Geschäftsbriefe — zur Uebung, sieht nicht einmal auf, stützt nicht einmal den Kopf in die Hände, um vor sich hin zu starren. Tid — tid — tid — rrrrr . . .

Gilgi liest eine Annonce im Tagesblatt. Jemand sucht für abends eine flotte Maschinenschreiberin. Was für mich. Wird hingegangen. Adresse ist angegeben. Persönliche Vorstellung erbeten zwischen 7 und 8.

„Sie haben Glück gehabt“, sagt die Blasse zu Gilgi, als sie gemeinsam das große Haus in Lindenhal verlassen. Natürlich hab' ich Glück, denkt Gilgi und macht lange, selbstbewußte Schritte. Sie hat die Stelle. Bei einem älteren, ehemaligen Offizier, der anscheinend sein Vermögen sehr geschickt durch die Inflation balanciert hat, um jetzt in Ruhe und Frieden seine Kriegserinnerungen zu schreiben. Ungefähr vier Wochen lang — jeden Abend von sieben bis neun wird er ihr diktieren. Ein schöner Nebenverdienst. Zahl anständig, der Mann, Stunde 1,50. Daß sie ihre eigene Maschine mitbringen wird, hat sie über die anderen Bemerkungen hinweg lassen. Vielleicht auch, daß sie so ein bißchen verheißungsvoll mit den Augen gefullert hat. So niedliche Bon-uten-nach-oben-Blicke wirken bei Männern über fünfzig fast immer. Ferner ist's gut, an Beschäftigungsmöglichkeiten, im richtigen Augenblick solches Selbstbewußtsein durch leidliche Hinstellung zu ersetzen. Man muß das alles verstehen. Gilgi versteht es. Auf die Arbeitgeber ist man nun mal angewiesen, und ganz ohne Mädchen ist ihnen nicht beizukommen. Können allein entscheiden nicht, Mädchen allein entscheiden nicht — beides zusammen entscheidet meistens.

Die Blasse läuft neben Gilgi her: „Wann werden Sie anfangen mit der Arbeit?“

„Reich nach Alchermittwoch.“

Die Blasse lacht. „Wie ich Sie beneide! Vor fünf Monaten ist die Firma, wo ich war, kaputt

